





























Seit 1989 driftet die soziale Ungleichheit in der Schweiz allerdings stark auseinander. Ein Prozent der privaten Steuerpflichtigen hat mehr steuerbares Nettovermögen als die übrigen 99 Prozent (vgl. Credit Suisse 2010). Die Vermögen der 300 Reichsten stiegen (trotz Einbussen durch die Finanzkrise) von 86 Milliarden im Jahr 1989 auf 470 Milliarden Franken im Jahr 2009 (vgl. Bilanz 03.12.2010), wobei die Hälfte der Reichen durch Erbschaften reich geworden ist. 10 Prozent der Erben erhalten drei Viertel der Erbschaften. Und von den gut 40 Milliarden Franken, die 2010 vererbt wurden, erhielten Millionäre mehr als die Hälfte. Oligarchische Prozesse unterlaufen so meritokratische. Schweizer Banken verwalten über 4.000 Milliarden Franken private Vermögen. Gut die Hälfte davon kommt aus dem Ausland. Mit einem Marktanteil von 27 Prozent ist die Schweiz der größte Offshore-Finanzplatz der Welt. Ein Offshore-Finanzplatz ist eine Steueroase mit hoher Vertraulichkeit, aber wenig Aufsicht und Regulierung. Dabei erweist sich die politische Stabilität als zentral; zusammen mit der Verschwiegenheit und Bereitschaft der Banken, Steuerhinterziehung zu fördern. Die Schweiz nimmt auch bei den direkten Investitionen im Ausland mit 632 Milliarden Franken weltweit den vierten Platz ein. Und Schweizer Investoren spielen auf dem internationalen Markt für Hedgefonds eine zentrale Rolle. Hedgefonds verfolgen eine spekulative Anlagestrategie. Sie gehen für hohe Gewinne hohe Risiken ein. Jeder siebte Franken, der in London oder New York in Hedgefonds fließt, kommt aus der Schweiz. Die Schweiz ist also ein enorm reiches Land.

Trotz Reichtum gibt die Schweiz, gemessen am Brutto-Inlandprodukt, seit dem Jahr 2005 weniger Geld für die soziale Sicherheit aus. Im Jahr 2008 sind die Einnahmen der Sozialversicherungen mit 3,4% wiederum stärker gestiegen als die Ausgaben (2,7%) von insgesamt 124 Mrd. Franken (2008). Und die Sozialleistungsquote ist von 22,3% (2005) auf 20,5% (2008) gesunken (BSV 2010). Das bedeutet, dass sich die soziale Sicherheit selbst finanziert und die Anteile der Ausgaben am Bruttosozialprodukt rückläufig sind. Dieser Befund mag erstaunen; denn populistisch geführte Debatten erwecken immer wieder den trügerischen Anschein, die soziale Sicherheit liesse sich kaum mehr finanzieren. Sie unterschlagen den Überschuss der Einnahmen. Und sie vernachlässigen auch, wie die Renten rentieren und über Konsumausgaben viel Arbeit schaffen. Die sozialen Leistungen sind allerdings auch sonst wichtig und dem Wandel der Lebensformen anzupassen. Sie müssen beispielsweise die Lebenslagen allein erziehender Mütter berücksichtigen. Ein Ausbau der sozialen Sicherung

ist auch finanzierbar! Zum Beispiel über die privaten Vermögen der erwähnten 300 Reichsten.

### ⇒ 9 Perspektiven

Geld ist in der reichen Schweiz viel vorhanden. Aber mit der Verteilung hapert es. Das gefährdet den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Wichtig ist eine soziale Sicherheit, die auch populistischen Ideologien viel Nährboden entzieht. Eine konkrete Möglichkeit sind Ergänzungsleistungen für Familien mit Kindern oder für alle Haushalte mit zu wenig Einkommen. Wichtig sind auch höhere Grundlöhne. Sie könnten die finanzielle und gesundheitliche Situation armutsbetroffener Familien zusätzlich verbessern. Mehr Egalität und sozialer Ausgleich erhöhen auch das psychische Wohl. Sie verbessern zudem die Voraussetzungen zur Teilhabe an der Gesellschaft. Für die berufliche Integration ist ferner der Zugang zu Ausbildung bedeutend. Unsere Gesellschaft sollte allen Jugendlichen eine qualifizierte Ausbildung ermöglichen. Ebenfalls wichtig sind kommunikative und gestaltbare Quartiersstrukturen. Die Existenzsicherung und der soziale Ausgleich sind gesellschaftlich zu vereinbaren. Der Reichtum muss allen zu Gute kommen. Die Reichen haben ihn nicht selbst erwirtschaftet. Andere haben viel dazu beigetragen. Das Geld sollte vermehrt dorthin fließen, wo es Existenzen sichert und ein lebendiges Leben ermöglicht. Einer Gesellschaft geht es gut, wenn es möglichst allen gut geht. Die vielen Working-Poor verdeutlichen, dass Erwerbstätigkeit nicht notwendig vor Armut schützt. Sie deuten an, wie zwiespältig das Ideal der Arbeitsgesellschaft ist. Es verspricht allen, die sich qua Lebensführung den Erfordernissen der Erwerbsarbeit anpassen, ein materiell gesichertes Leben. Bei den Working-Poor zeigt sich, wie trügerisch dieses Ideal ist. Wenn Erwerbsarbeit jedoch nicht mehr garantiert, ein Leben oberhalb der politisch festgelegten Armutsschwelle führen zu können, ist auch eine Zunahme von Anomie und Abweichungen bestehender Normen zu erwarten. Weitere Folgen sind die allmähliche Erosion der Arbeitsethik und die Verbreitung illegaler Beschäftigungsverhältnisse. Das verdeutlicht, dass für die Problematik der Working-Poor nicht einfach die Sozialhilfe, sondern die Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik zuständig ist. Arbeit und Erlös sind gerechter zu verteilen. Und damit sich einseitige Abhängigkeiten wirklich mindern lassen, ist vor allem auch die demokratische Teilhabe in der Wirtschaft auszuweiten.

Mit der starken Öffnung und Deregulierung der Märkte konzentrierte die Wirtschaft von 1989 bis 2009 ihren Einfluss. Die Politik, die eigent-

lich ein kritisches Korrektiv sein sollte, liess sich stark instrumentalisieren und verlor an Gewicht. Sie versucht aber seit der Finanz- und Wirtschaftskrise, wieder etwas eigenständiger zu agieren und sich als Regulativ zu formieren. Und das ist nötig. Aus meiner Sicht geht es vor allem darum, den sozialen Ausgleich mehr zu fördern und strukturell zu festigen. Wer sich allerdings für den sozialen Ausgleich und Mindestlöhne engagiert, setzt sich leicht dem Vorwurf aus, Arbeitsplätze zu vernichten. Diese Argumentation spielt auch in der Vermögensdebatte mit. Wer eine progressive Besteuerung fordert, wird gleich bezichtigt, mit einer Reichtums-Steuer die Kapitalflucht anzukurbeln. Die hohen Einkommen entmutigen jedoch viele, die hart arbeiten und auf keinen grünen Zweig kommen. Zudem erhöhen die konzentrierten Vermögen den einseitigen Einfluss von Wohlhabenden. Sie unterlaufen auch demokratische Prozesse. Einzelne Reiche weisen selbst auf diese Gefahren hin. Sie wollen mit einer freiwilligen Umverteilung den Arbeitsfrieden und gesellschaftlichen Zusammenhalt festigen. Das ist erfreulich. Aber bei der Bewältigung von Armut auf Freiwilligkeit zu setzen, darauf ist kein Verlass. Die Existenzsicherung ist gesellschaftlich zu vereinbaren. Wir können uns den einseitig angeeigneten Reichtum nicht länger erlauben. Der Reichtum muss allen mehr zugutekommen. Die Reichen haben ihn nicht selbst erwirtschaftet. Ärmere haben viel dazu beigetragen. Und einer Gesellschaft geht es gut, wenn es möglichst allen gut geht.



## ⇒ Literaturverzeichnis

Bourdieu, Pierre (1993): La misère du monde, Paris: Seuil.

Bundesamt für Sozialversicherungen BSV (2010): Schweizerische Sozialversicherungsstatistik 2010, Bern: Eidgenössisches Departement des Innern.

Bundesamt für Sozialversicherungen BSV (2013): Schweizerische Sozialversicherungsstatistik 2013, Bern: Eidgenössisches Departement des Innern.

Bundesamt für Statistik BFS (2009a): Newsletter, Nr. 3, Neuenburg, 21.4.2009.

Bundesamt für Statistik, BFS (2011): Statistischer Sozialbericht 2011, Bericht des Bundesrates, 18.5.2011.

Bundesamt für Statistik BFS (2012): Regionale Disparitäten in der Schweiz, Neuenburg: EDI.

Bundesrat (2010): Gesamtschweizerische Strategie zur Armutsbekämpfung, Bern, 31.03.2010.

Castel, Robert (2000): Die Metamorphosen der sozialen Frage: eine Chronik der Lohnarbeit, Konstanz: Universitätsverlag Konstanz (Erstausgabe 1992).

Credit Suisse (2010): Global Wealth Databook, Zürich: CS.

Dahme, Heinz-Jürgen; Wohlfahrt, Norbert (Hg.) (2005): Aktivierende Soziale Arbeit. Theorie – Handlungsfelder – Praxis, Hohengehren: Schneider.

Kronauer, Martin (1998): »Exklusion« in der Armutsforschung und der Systemtheorie: Anmerkungen zu einer problematischen Beziehung, in: SOFI-Mitteilungen, Nr. 26, Göttingen: Soziologisches Forschungsinstitut an der Universität Göttingen, 117-126.

Kutzner, Stefan; Mäder, Ueli; Knöpfel, Carlo (Hg.) (2004): Working poor in der Schweiz: Wege aus der Sozialhilfe, Zürich: Rüegger.

Kutzner, Stefan; Mäder, Ueli; Knöpfel, Carlo; Heinzmann, Claudia; Pakoci, Daniel (2009): Sozialhilfe in der Schweiz, Zürich: Rüegger.

Lampart, Daniel; Gallusser, David (2011): SGB-Verteilungsbericht, Dossier Nr. 77, Bern.

Luhmann, Niklas (1995): Inklusion und Exklusion, in: ders., Soziologische Aufklärung 6, Die Soziologie und der Mensch, Opladen: Westdeutscher Verlag, 237-264.

Mäder, Ueli; Biedermann, Franziska; Schmassmann, Hector; Fischer, Barbara (1991): Armut in Basel-Stadt, Social Strategies, Basel: Karger&Libri.

Mäder, Ueli; Jey Aratnam, Ganga; Schilliger, Sarah (2010): Wie Reiche denken und lenken, Zürich: Rotpunktverlag.

Mäder, Ueli; Aebersold, Peter; Mugier, Simon (2012): Soziale Kontrolle und Disziplinierung, gesowip, Basel: Gesowip, Gesellschaft für Sozialwissenschaftliche Publikationen.

Mäder, Ueli; Schmassmann, Hector (2012): Soziale Bedingungen psychischer Belastungen, in: Schweizer Archiv für Neurologie und Psychiatrie, Muttenz, 2012, 187-191.

Nassehi, Armin (1997): Inklusion, Exklusion-Integration, Desintegration, in: Heitmeyer, Wilhelm (Hg), Was hält die Gesellschaft zusammen? Frankfurt a. M.: Suhrkamp, 113-149.

Paugam, Serge (2000): Le salarié de la précarité. Les nouvelles formes de l'intégration professionnelle. Paris: PUF.

Parsons, Talcott (1951): The Social System, London: The Free Press.  
Weber, Max (1980): Wirtschaft und Gesellschaft: Grundriss der verstehenden Soziologie, Tübingen: Mohr Siebeck.

Wyss, Kurt (2007): Workfare. Sozialstaatliche Repression im Dienst des globalisierten Kapitalismus, Zürich: edition 8.

---

**Zitationsvorschlag:**

Ueli Mäder (2014): Arm, erwerbstätig und prekariert. (Ethik und Gesellschaft 2/2014: Prekäre Arbeit). Download unter: [http://www.ethik-und-gesellschaft.de/mm/EuG-2-2014\\_Maeder.pdf](http://www.ethik-und-gesellschaft.de/mm/EuG-2-2014_Maeder.pdf) (Zugriff am [Datum]).

---



## **ethikundgesellschaft**

**ökumenische zeitschrift für sozialetik**

### **2/2014: Prekäre Arbeit**

Klaus Dörre

Prekarität als Konzept kritischer Gesellschaftsanalyse – Zwischenbilanz und Ausblick.

Ueli Mäder

Arm, erwerbstätig und prekariert.

Sabine Plonz

Prekarisierung. Geschlechterperspektive. Ethik.

Michèle Amacker

*Precare*. Prekarität im Lebenszusammenhang: Die zwei Gesichter der *Care*-Prekarität.

Traugott Jähnichen

Prekarisierung der Arbeit – internationale Realität oder Schimäre: Zur deutschen Situation und zur Positionierung der EKD.

Torsten Meireis

Prekäre Gerechtigkeit – zur ethischen Bewertung zunehmender Unsicherheit im Erwerbskontext.

Christoph, Sigrist

Die sozialetische Herausforderung aus sozialdiakonischer Sicht.